

Nicht übersehen!

(BS/Marlies Vossebrecker) Nicht nur in den kalten Wintermonaten birgt ein Leben auf der Straße für obdachlose Menschen viele Gefahren. Ein Großteil der Gesellschaft schaut über diesen Zustand hinweg, und viele Kommunen bieten nur unzureichende Hilfsmaßnahmen an. Dabei stellt sich die Frage, was die Obdachlosen tatsächlich benötigen und wie ihre Rückintegration ohne Bevormundung gelingen kann.



Grafik: BS/ Marvin Hoffmann unter Verwendung von Augusto, stock.adobe.de

Bevor Pläne zur Verbesserung der Lage von obdachlosen Menschen in Angriff genommen werden können, müssen vorab die Gründe für Obdachlosigkeit ermittelt werden. Ähnlich wie in vielen Städten gehört auch in Leipzig und Hamburg der Blick von Menschen, die auf der Straße leben, zum alltäglichen Stadtbild. Beide Städte benennen dieselben Wege, die primär in die Obdachlosigkeit führen können: Schulden, Konflikte mit Nachbarschaft oder Familie, Trennungen, (psychiatrische) Gesundheitsprobleme und Suchterkrankungen. Außerdem spielt auch plötzliche oder langandauernde Arbeitslosigkeit eine gewichtige Rolle. Ein Sprecher der Sozialbehörde Hamburgs erklärt zusätzlich auch Ablehnung von staatlicher Hilfe oder Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften zu den Faktoren, warum Menschen nach wie vor auf der Straße lebten.

Regelmäßige Studien in Hamburg

Hamburg reagiert mit regelmäßigen Erfassungen der Lebensumstände Obdachloser auf die Problematik um deren Schicksal – als einzige deutsche Großstadt. Die letzte Studie dazu stammt aus dem Jahr 2018 und gibt Einblick in die Lebenswirklichkeit eines obdachlosen Menschen in Deutschlands Kommunen. Die Dauer der Obdachlosigkeit betrug laut Angaben der Befragten von einem Tag bis hin zu 48 Jahren (Mann) bzw. 37 Jahren (Frau). 30 Prozent waren zwischen einem und vier Jahren ohne festen Wohnsitz, knapp 25 Prozent zwischen einem und fünf Monaten. Haupteinkommensquellen war Arbeitslosengeld II (ca. 19 Prozent) und Betteln (ca. neun Prozent). Rund 14 Prozent waren gänzlich

ohne Einkommen. Die Befragten gaben auch Gründe an, warum sie nach Hamburg gekommen waren: Fast 60 Prozent wollten dort eine Arbeitsstelle suchen, rund zwölf Prozent stand ein konkretes Jobangebot in Aussicht. Fußt die Obdachlosigkeit also häufig auf einer Verkettung unglücklicher Zufälle?

Besonders vulnerable Gruppen

Tatsächlich müsse bei den Gründen für ein Leben ohne festen Wohnsitz zwischen strukturellen und individuellen Gründen unterschieden werden, erklärt eine Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e.V. (BAG W). Struktureller Hauptgrund sei der starke Rückgang im Bestand an Sozialwohnungen sowie der Mangel an bezahlbarem Wohnraum. Bei den individuellen Gründen zählt die Sprecherin die bereits von Leipzig und Hamburg genannten auf und beruft sich auf Daten aus eigenen Erhebungen.

Zusätzlich wirkten sich bestimmte Entwicklungen nachteilig auf das Leben Einzelner aus, sodass sie leicht vom Verlust ihres Wohnsitzes bedroht seien. In diesem Zusammenhang nennt die Sprecherin der BAG W die Inflation und damit verbundene Mehrkosten und zu knapp festgelegte Angemessenheitsgrenzen bei den Richtlinien zu den Kosten der Unterkunft als kritische Faktoren. Dabei sind Alleinerziehende oder einkommensschwache Personen besonders gefährdet.

Wirksamste Gegenmaßnahme ist laut BAG W die Prävention: „Es müssen alle möglichen Maßnahmen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit ergriffen werden, denn die Verhinderung der Wohnungslosigkeit ist die beste Hilfe.“ Dabei liege die Etablierung sinnvoller Präven-

tionmaßnahmen bei den Kommunen selbst. Hier bedürfe es allerdings weiterer Beratungsstellen in Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern. Außerdem würden dringend Sozialwohnungen benötigt, etwa aus leerstehenden Großimmobilien, ebenso wie Richtlinien des Bundes zur Neuen Wohngemeinnützigkeit.

Maßnahmen und Angebote zur Unterstützung von Obdachlosen sollten sich an deren Bedürfnissen orientieren. Dazu zählen Duschbusse, Streetwork, Notübernachtungen, Tagesaufenthalte und medizinische Angebote, erklärt die

Sprecherin der BAG W. Wichtig sei zudem der Erhalt des Krankenversicherungsschutzs sowie Zugang zum ÖPNV, damit den Betroffenen nicht der Zugang zum öffentlichen Raum verwehrt bleibe. Die Kommunen sollten dafür Sorge tragen, dass die vorhandenen Unterkünfte für Menschen ohne festen Wohnsitz gewissen Mindeststandards bezüglich Sicherheit und Hygiene entsprechen.

„Die Verhinderung der Wohnungslosigkeit ist die beste Hilfe.“

Sprecherin der BAG W

Hilfsangebote stellen die Kommunen in größerem oder kleinerem Umfang bereit. In Leipzig etwa umfasst das detaillierte Hilfesystem der Wohnungsnotfallhilfe neben Prävention die Notversorgung und die Nachsorge. Sozialamtsleiterin *Martina Kador-Probst* erläutert: „In diesen Handlungsfeldern bestehen verschiedene Hilfeangebote wie z.B. die Beratung bei drohendem Wohnungsverlust, Notunterkünfte oder die Straßensozialarbeit.“ Weitere Hilfsangebote in den drei genannten Kategorien sind etwa Übernahme von Mietschulden, Unterstützung bei der Wohnungssuche oder die umfeldnahe medizinische Versorgung.

Seit Mitte 2021 setzt Leipzig zudem ein Modellprojekt zu Housing First um. Dabei wird Menschen

ohne festen Wohnsitz eine eigene Wohnung vermittelt und ihnen bei den damit verbundenen Pflichten Hilfe gewährt. *Kador-Probst* führt aus: „Der überwiegende Teil der betreuten Personen lebt noch in der eigenen Wohnung. Das Projekt soll ab 2025 verstetigt und auf 50 Plätze erweitert werden.“

Auch Hamburg bietet Menschen ohne festen Wohnsitz ein ausdifferenziertes Hilfesystem an, erläutert der Sprecher der Sozialbehörde. Ähnlich wie in Leipzig umfasst das Programm Fachstellen für Wohnungsnotfälle oder Mietschuldenübernahme, Beratungsstellen, temporäre Ersatzunterbringung sowie niedrigschwellige Hilfen, zu denen etwa Notübernachtungen oder Gesundheitsangebote zählen.

Rückintegration kann gelingen

Das Beispiel Housing First zeigt: Die Rückintegration von Obdachlosen in die Gesellschaft kann gelingen. Dem stimmt auch *Frank* zu, bedauert jedoch zugleich: „Solche Angebote gibt es in Köln nur sehr wenig. Die inzwischen für Housing First zur Verfügung stehenden Wohnungen wurden von Vereinen [...] durch private Spendenmittel gekauft bzw. angemietet.“ Trotz der Möglichkeit von Investitionen stelle die Stadt Köln keine Wohnungen zur Verfügung, so *Frank*.

Die Sprecherin der BAG W betont: „Die soziale Ausgrenzung beim Wohnen geht mit der Exklusion in weiteren Lebensbereichen einher. Menschen in Wohnungsnot müssen deshalb gezielt Zugänge auch in die Bereiche Bildung, Erwerbstätigkeit, soziales und kulturelles Leben gewährt werden.“ Der Bund sei gefordert, die Rückintegration von Wohnungsnotfällen in eigenen Wohnraum zu unterstützen.